

253



2 Wochen
1 Fazit

Koalitionsvertrag: „weiter so“ bei
Suchtpolitik und Tabaksteuer!?
BfR bleibt kritisch zum Dampfen.



1. Zusammenfassung und Trends

	Kurzübersicht	Trend
	Koalition (CDU/CSU, SPD): Union und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Bei der Tabaksteuer soll der geltende Aufwuchspfad über 2026 hinaus fortgeführt werden. In der Suchtpolitik setzt man auf Prävention, um junge Menschen vor Alltagsüchten zu schützen. Sie sichern sich mit den relativ offenen Formulierungen Spielräume. Es bleibt offen, ob sich im Regierungsalltag Stimmen pro Tobacco Harm Reduction durchsetzen können.	
	Opposition (Grüne, Die Linke): Naturgemäß kritisiert die Opposition den Koalitionsvertrag. Dabei thematisiert sie aber nicht die Tabak- und Nikotin-Politik. Positiv wird bewertet, dass die neue Bundesregierung die Cannabislegalisierung erst einmal nicht rückgängig machen möchte. Dieser Punkt bietet Argumentations- und Verhandlungsspielräume für Harm Reduction-Produkte.	
	Bundesrat, Bundesländer: Die Bremer Grünen kritisieren E-Zigaretten und plädieren für weitere Regulierungen sowie ein Disposableverbot. Der niedersächsische Ministerpräsident Weil (SPD) will im März sein Amt an Landeswirtschaftsminister Lies (SPD) abgeben.	
	EU, Europa, Übersee: Die EU-Staaten sind unterschiedlicher Meinung über die Regulierung von Nikotin-Produkten. So stellen sich einige Staaten den Vorstoß der Niederlande (Report 251) entgegen. Ferner gibt es Kritik an einem Gesetzesvorhaben von Luxemburg. Polens Regulierungspläne zu Disposables, Aromen und Steuern nehmen weiter Gestalt an (Report 246ff.).	
	Fachcommunity, Wettbewerb: Das BfR wiederholt seine Kritik an Cooling Agents und warnt vor psychoaktiven Substanzen in Liquids. Es schließt an seine Stellungnahme vom März an (Report 252). Auch der Pneumologenverband wiederholt seine Kritik am Dampfen. Gesundheitsorganisationen fordern die neue Bundesregierung zum Handeln gegen Tabak und Nikotin auf.	
	Medien: Die Medien publizieren erneut die Kritik von NGOs und Gesundheitsexperten an E-Zigaretten. Stimmen, die sich für das Dampfen aussprechen sind selten vertreten. Der Jugendkonsum sowie mögliche Gesundheitsgefahren bleiben Schwerpunktthemen der Berichterstattung, wobei Aussagen der Kritiker nicht hinterfragt werden und so Fehlannahmen Verbreitung finden.	
Legende: Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.  Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise)		

30

SEKUNDEN FAKTEN

6 Ministerien

plus Bundeskanzleramt übernimmt die CDU

7 Ministerien

übernimmt die SPD

3 Ministerien

übernimmt die CDU

520.000 €

Steuerschaden durch illegale E-Zigaretten bei einem einzelnen Fund des Zolls

818 Mio. €

von britischen Abgeordneten vorgeschlagene jährliche Abgabe der Tabak-Industrie zur Stärkung der Prävention

Quelle: [cdu.de](https://www.cdu.de), [zoll.de](https://www.zoll.de), [ash.org.uk](https://www.ash.org.uk)

Wichtige Inhalte auf einen Blick

- 1) [Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD](#)
- 2) [BfR bleibt bei E-Zigaretten skeptisch](#)
- 3) [EU-Staaten uneins bei Nikotin-Regulierung](#)
- 4) [Lungenärzte kritisieren die E-Zigarette](#)

5

**Anzahl der Sitzungs-
wochen bis zur nächs-
ten Parlamentspause***

*) vorbehaltlich Einvernehmen bzw. Beschlussfassung

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden



Datum: 09.04.2025

Meldung: Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat seinen FAQ zu E-Zigaretten überarbeitet. Im Zentrum stehen Cooling Agents (Report 252) und psychoaktiven Substanzen. Aktuell lägen noch nicht für alle in E-Zigaretten verwendeten Cooling Agents ausreichend Informationen zu möglichen gesundheitlichen Risiken vor, so das BfR. Es betont dennoch: „Nach

derzeitigem Kenntnisstand muss zumindest für die besonders oft eingesetzten Kühlstoffe WS-23, WS-3 und WS-5 mit einem Gesundheitsrisiko für Verbraucherinnen und Verbraucher gerechnet werden.“ Dem BfR lägen bisher keine Informationen über die Verwendung psychoaktiven Substanzen in E-Zigaretten in Deutschland vor. Es fehle an Studien zur genauen Wirkung. Das Institut warnt dennoch vor möglichen Gesundheitsschäden.

Quelle: bfr.bund.de

Datum: 10.04.2025, 07.04.2025

Meldung: Der Zoll hat bei einem Ermittlungskomplex im NRW etwa 160.000 Stk. illegale E-Zigaretten und Pods beschlagnahmt. Der Steuerschaden beläuft sich auf 520.000 €. Die Ermittlungen dauerten insgesamt fast ein Jahr. Einen weiteren Aufgriff gab es Baden-Württemberg.

Quelle: zoll.de, stern.de, social.bund.de, ruhrnachrichten.de, radioemscherlippe.de, presseportal.de

2.2. Bundestag und Parteien



Datum: 09.04.2025

Meldung: CDU/CSU und SPD haben sich auf einen [Koalitionsvertrag](#) geeinigt. Ausgewählte Inhalte:

Drogen- und Suchtpolitik: „Wir nehmen das zunehmende Problem der Suchtabhängigkeit – auch von neuen synthetischen Drogen – ernst. [...] Wir ergreifen geeignete Präventionsmaßnahmen, um insbesondere Kinder und Jugendliche vor Alltagssüchten zu schützen.“ (S. 112)

Steuern: „Bei der Tabaksteuer schreiben wir den geltenden Aufwuchspfad über das Jahr 2026 hinaus fort.“ (S. 53)

Gesundheitsprävention: „Krankheitsvermeidung, Gesundheitsförderung und Prävention spielen für uns eine wichtige Rolle. Wir sprechen Menschen, insbesondere Kinder, zielgruppenspezifisch, strukturiert und niederschwellig an.“ (S. 106)

Cannabis: „Im Herbst 2025 führen wir eine ergebnisoffene Evaluierung des Gesetzes zur Legalisierung von Cannabis durch.“ (S. 89)

Einzelhandel: „Wir brauchen den stationären Einzelhandel für lebendige Innenstädte, wirtschaftliche Stabilität und soziale Teilhabe. Der Handel braucht faire Wettbewerbsbedingungen. Wir werden den Einzelhandel vor unlauterem Wettbewerb aufgrund der Flutung durch billige Konsumgüter aus Fernost schützen und auf europäischer Ebene ein level playing field durchsetzen, bei dem unsere Standards von allen Marktteilnehmern – auch aus Drittländern – eingehalten werden müssen. Bei den Verhandlungen zur Reform der EU-Zollunion setzen wir uns dafür ein, dass die Vorschläge für E-Commerce bevorzugt beraten werden. Erfüllen die Unternehmen die Pflichten nicht, werden die Accounts ihrer Onlinehandelsplattformen gesperrt.“ (S. 12)

Kriminalitätsbekämpfung: „Wir verschärfen den Kampf gegen Organisierte Kriminalität und gegen Banden- und sogenannte Clankriminalität durch eine vollständige Beweislastumkehr beim Einziehen von Vermögen unklarer Herkunft.“ (S. 83)

Recycling: „Wir reformieren § 21 Verpackungsgesetz [Anm.: ökologische Gestaltung der Beteiligungsentgelte] und setzen die EU-Verpackungsverordnung praktikabel um. [...] Bei Batterien und Elektrogeräten optimieren wir die Abfallsammlung.“ (S. 38)

KMU: „Um Unternehmen von Bürokratie zu entlasten, werden wir gemeinsam mit den Ländern die Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer auf ein Verrechnungsmodell umstellen.“ (S. 11)

Gesetzgebung: „Gesetze, Verordnungen und Regelungen, die nicht gemacht werden müssen, werden wir nicht machen. Gesetze, die ihren Zweck nicht oder nicht mehr erfüllen, werden wir streichen. [...] Bereits in der Frühphase von Gesetzgebungsverfahren werden wir Praxistests durchführen und Betroffene sowie Vollzugsexperten und -expertinnen [...] beteiligen. Um den Wirkungsgrad von Gesetzen nachprüfbar zu machen, etablieren wir Erfolgsindikatoren, an deren Maßstab der spätere Gesetzesvollzug gemessen werden kann.“ (S. 58)

Außenwirtschaft: „Wir werden die Ausfuhrgenehmigungsprozesse vereinfachen und beschleunigen. [...] Anstelle von durchgängigen Prüfungen streben wir stichprobenartige Kontrollen verbunden mit empfindlichen Strafen bei Verstößen an. Eine vorherige Exportgenehmigung wäre nicht mehr erforderlich.“ (S. 10)

Haushaltspolitik: „Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt. [...] Weitere Maßnahmen, auf die sich die Koalition über diesen Koalitionsvertrag hinaus einigt, können nur finanziert werden, wenn sich zusätzliche finanzielle Spielräume ergeben oder eine entsprechende unmittelbare, vollständige und dauerhafte Gegenfinanzierung sichergestellt ist.“ (S. 51)

Als nächstes steht die Verabschiedung in den Parteien an (siehe [Zeitplan](#)). Die SPD habe sich mit weitreichenden Forderungen zur Konsumgüterregulierung nicht durchsetzen können, so Gesprächspartner. In den künftigen Regierungsfractionen gebe es zwar Befürworter des Ansatzes, Produkte analog zu ihrer Schädlichkeit zu regulieren, jedoch werden Aufklärungskampagnen zu E-Zigaretten wie in Großbritannien oder Neuseeland derzeit für unrealistisch gehalten. Mit Blick auf die Beharrungskräfte in Teilen der Fraktionen und der Gesundheitsverwaltung ist in der Drogen- und Suchtpolitik eher mit einem „weiter so“ zu rechnen. Jedoch gibt die Aussicht, dass die CDU das Gesundheitsressorts übernehmen soll, Anlass zur Hoffnung. Der hohe Finanzbedarf der neuen Bundesregierung schränkt die Möglichkeiten für eine Erleichterung bei der Besteuerung von Liquids ein.

Als Bundesministerinnen und -minister sind im Gespräch (Auswahl):

- **Landwirtschaft:** Michaela Kaniber (CSU)
- **Finanzen:** Lars Klingbeil (SPD)
- **Gesundheit:** Tino Sorge (CDU)
- **Wirtschaft:** Lars Linnemann (CDU)
- **Inneres:** Alexander Dobrindt (CSU)
- **Justiz und Verbraucherschutz:** Sonja Eichwede (SPD)
- **Umwelt:** Katja Mast (SPD)

Ressortzuschnitte und Personalien können sich noch ändern. Derzeit soll vorgesehen sein, den gesundheitlichen Verbraucherschutz aus dem Bundeslandwirtschaftsministerium herauszulösen und dem Bundesjustizministerium anzugliedern. Hierzu bedarfs es noch eines Organisationserlasses. Das BMJ war bereits 2013-21 teilweise für den Verbraucherschutz zuständig. Die SPD will ihre Ministerinnen und Minister erst nach dem Mitgliedsentscheid benennen.

Quelle: Hintergrundgespräche

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) wird im Mai von seinen politischen Ämtern zurücktreten. Designierter Nachfolger ist Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD), der auch als neuer Vorsitzender der Niedersachsen-SPD im Gespräch ist. Er will die Koalition mit den Grünen bis zur regulären Landtagswahl 2027 fortführen. Quelle: [ndr.de](https://www.ndr.de), [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), [antenne.com](https://www.antenne.com)

Datum: 27.03.2025, 26.03.2026, 18.03.2025, 20.02.2025

Meldung: Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft fordert ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten. Sie bewertet E-Zigaretten als „*extrem gefährlich für die Gesundheit*“ und beruft sich dabei auf eine Auskunft des Bremer Senats. Des Weiteren sorgt sich die Fraktion wegen des Konsums synthetischer Cannabinoide mittels E-Zigaretten und fordert mehr Aufklärung ggü. Jugendlichen.

Auch die Bremer FDP-Fraktion hat eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, bei der sie sich nach nicht verkehrsfähige Einweg-E-Zigaretten erkundigt.

Quelle: [gruene-fraktion-bremen.de](https://www.gruene-fraktion-bremen.de), [bremische-buergerschaft.de](https://www.bremische-buergerschaft.de), [bremische-buerger-schaft.de](https://www.bremische-buerger-schaft.de), [nordsee-zeitung.de](https://www.nordsee-zeitung.de)

2.4. EU, Europa und Übersee

Datum: April 2025

Meldung: Italien, Griechenland und Rumänien stellen sich den Forderungen der Niederlande und anderer EU-Staaten (darunter Deutschland, Report 251) an die EU-Kommission entgegen, möglichst rasch Entwürfe für die EU-Tabakprodukt- und die -Tabaksteuerrichtlinie vorzulegen. Die drei Länder argumentieren, dass bereits mit den bestehenden Regelungen die Raucherquoten zurückgegangen seien. Sie plädieren für eine differenzierte Regulierung der Produkte sowie die Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der EU-Staaten.

Die Europäische Kommission, Griechenland und Schweden kritisieren einen Gesetzentwurf von Luxemburg zu Pouches. Luxemburg will deren Nikotingehalt auf 0,048 g begrenzen und

sieht u.a. Werbebeschränkungen vor. Der Entwurf zielt darauf ab, Pouches regulatorisch mit Tabak gleichzusetzen. Die Kommission hat die Stillhaltefrist bis zum 10. Juni 2025 verlängert.

Quelle: Hintergrundgespräch, clearingtheair.eu, ec.europa.eu, ec.europa.eu

Aus den Medien

Skeptisch-kritische Töne beherrschen die Berichterstattung. Das Bundesinstitut für Öffentliche Gesundheit und Mediziner warnen vor dem Konsum von E-Zigaretten. Laut dem BIÖG könnten gesundheitliche Risiken aufgrund fehlender Studien nicht ausgeschlossen werden. Der E-Zigaretten- und Pouches-Konsum von Jugendlichen bleibt Medienthema – ebenso Aromen und die Skepsis zum Harm Reduction-Effekt. Die Medien greifen die Kritik auf, lassen aber auch Branchenvertreter zu Wort kommen. Insbesondere sticht ein Bericht der *Apotheken Umschau* heraus, bei dem u.a. ABNR und DKFZ Akzente gegen die E-Zigarette setzen. Ebenso befasst sich die Presse weiterhin mit den möglichen Gesundheitsgefahren durch Nikotin-Produkte. Dabei wird auch die Gefährdung Dritter (Passivdampf) beleuchtet. Daneben berichten Zeitungen bundesweit über Konsumverbote im Ausland.

Quelle: tagesschau.de, wdr.de, apotheken-umschau.de, fnp.de, presseportal.de, noz.de, spektrum.de, schwaebische.de, morgenpost.de, berliner-kurier.de, merkur.de, mopo.de, rosenheim24.de

Datum: 02.04.2025, 01.04.2025

„Nicotine vapes are one of the most effective and popular stop smoking aids, and are recommended by NICE for smoking cessation. [...] We recommend that the Government develop a communications strategy to inform adult smokers about the relative risks of smoking and vaping. This should focus on encouraging people who both smoke and vape to switch fully to vaping and ensuring that people who have switched from smoking to vaping do not relapse to smoking.“

APPG Smoking and Health, 02.04.2025, ash.org.uk

Meldung: Die fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe zu Rauchen und Gesundheit im britischen Parlament fordert die Beteiligung der Tabak-Industrie an den finanziellen Auswirkungen des Rauchens. Sie regt eine jährliche Abgabe von umgerechnet 818 Mio. € zur Stärkung der Tabak-Prävention an. Sie fokussiert sich in ihrem neuen Bericht auf Tabak, stößt aber auch E-Zigarettenregulierungen an. Die AG regt u.a. Werbeverbote, eine Aromen- und Verpackungs-Regulierung, ein Verbot der Auslage von E-Zigaretten und die Einführung eines Lizenzsystems an. Dampfen

soll für Jugendliche weniger attraktiv werden, gleichzeitig soll die E-Zigarette als Mittel zum Tabak-Stopp erhalten bleiben. Dafür sollen Raucher besser über das Dampfen aufgeklärt werden. Die Regierung hat bereits die Weiterführung der Ausgabe von Starter-Kits an Raucher in 2025/26 zugesagt. Das Disposableverbot tritt im Juni in Kraft.

Quelle: ash.org.uk, ash.org.uk, itv.com, gov.uk

Datum: 02.04.2025

Meldung: Der oberste US-Gerichtshof bestätigt das Aromenverbot bei E-Zigaretten. Er hob damit ein anders Urteil auf, demzufolge die Aufsichtsbehörde FDA E-Zigaretten willkürlich

verboten habe. Das Gericht bestätigte damit die Entscheidung der FDA, Produkte von zwei E-Zigarettenunternehmen nicht zu genehmigen, weil sie ein zu großes Risiko für die öffentliche Gesundheit darstellen würden.

Quelle: [politico.com](https://www.politico.com), [cnn.com](https://www.cnn.com), [nbcnews.com](https://www.nbcnews.com)

Datum: 03.04.2025, 01.04.2025, 31.03.2025

Meldung: Im Regierungsprogramm der neuen österreichischen Bundesregierung heißt es: „*Neuartige Alternativprodukte (insbesondere Nikotinpouches und elektronische Zigaretten) sollen ab 2026 einer risikobasierten Verbrauchssteuer (Tabak- oder Nikotinsteuer) unterliegen und das Tabakmonopol soll durch die Einbeziehung von Nikotinpouches erweitert und modernisiert werden.*“ (siehe auch Report 251). E-Zigaretten sollen stärker reguliert werden, u.a. durch die Einführung eines Lizenzsystems. Die internationale Befragung zum Suchtverhalten von Jugendlichen (ESPAD) ergab, dass in Österreich erstmals mehr Jugendliche zu E-Zigaretten und Pouches greifen als zu Tabak-Zigaretten.

In Belgien trat das Verbot der Präsentation von Tabak, E-Zigaretten und anderen Nikotin-Waren in Kraft. Zudem dürfen Geraschäfte über 400 m² Größe, diese nicht mehr verkaufen. Während Belgien damit den Konsum eindämmen will, warnen Branchenvertreter vor einem Anstieg des Schwarzmarktes.

Quelle: [kleinezeitung.at](https://www.kleinezeitung.at), [bmbwf.gv.at](https://www.bmbwf.gv.at), [orf.at](https://www.orf.at), [give.or.at](https://www.give.or.at), [thegermanyeye.com](https://www.thegermanyeye.com), [euractiv.com](https://www.euractiv.com), [euronews.com](https://www.euronews.com)

2.5. Fachcommunity

Siehe Abschnitte 2.1 und 2.6.

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 10.04.2024, 04.07.2025

Meldung: Anlässlich ihres Jahreskongressen wiederholt die *Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin* (DGP) ihre Kritik an E-Zigaretten und anderen Nikotin-Produkten. Der Verband beanstandet u.a.

- E-Zigaretten seien laut einer Studie etwa so gefährlich wie Tabak-Zigaretten
- Dual Use
- Dampfen deutlich schädlicher als Nichtrauchen
- Schwächung des Jugendschutzes und breite Verfügbarkeit der Produkte (z.B. im Online-Handel, Automaten)
- Influencer-Werbung und Präsenz auf Social Media
- E-Zigaretten seien zur Entwöhnung nicht wirksamer als kombinierte Nikotinersatztherapien
- Verharmlosung der Risiken durch die Tabak-Industrie

Zudem wurde die aktualisierte [Living Guideline der S3-Leitlinie „Prävention, Diagnostik, Therapie und Nachsorge des Lungenkarzinoms“](#) herausgegeben. Sie befasst sich nur mit Tabak. E-Zigaretten werden nicht erwähnt.

Quelle: [pneumologie.de](https://www.pneumologie.de), [pneumologie.de](https://www.pneumologie.de)

Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
ab 01.01.2025	Anhebung der Steuer auf Substitute für Tabakwaren auf 0,26 €/ml			
03.03.- vorst. 07.05.2025	Koalitions- und Regierungsbildung	CDU/CSU, SPD	Berlin	-
11.04.2025	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
12.06.2025	IEVA-Mitgliederversammlung	IEVA	Brüssel	-
Ggf. 07.05.2025	Sondersitzung zur Kanzlerwahl und Regierungsbildung	Bundestag	Berlin	-
12.-16.05.2025	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
18./19.05.2025	interparlamentarischer Austausch zur Gesundheitssicherheit in der EU	Sejm (polnisches Parlament)	Warschau	-
19.-23.05.2025	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
23.05.2025	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
02.-06.06.2025	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
13.06.2025	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
18.-20.06.2025	Weltkrebskongress	bitcongress	Stockholm	bitcongress.com
19.-21.06.2025	Global Forum on Nicotine	GfN	Warschau	gfn.events
23.-27.06.2025	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
27.-29.06.2026	SPD-Bundesparteitag	SPD	-	www.spd.de
01.07.2025	Start dänische Ratspräsidentschaft	EU, Dänemark	EU	-
07.-11.07.2025	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
11.07.2025	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
August 2025	10jähriges Gründungsjubiläum des BfTG	BfTG	-	-
18.-20.09.2025	InterTabac	Messe Dortmund	Dortmund	intertabac.de
vsl. 22.- 24.09.2025	Deutscher Suchtkongress	DG Sucht	Berlin	dg-sucht.de
26.09.2025	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
17.10.2025	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
27.-29.10.2025	DHS-Fachkonferenz	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	Potsdam	dhs-fachkonferenz.de
17.-21.11.2024	FCTC-COP 11	FCTC	Genf	fctc.who.int
21.11.2025	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
24.-28.11.2025	FCTC-MOP 4	FCTC	Genf	fctc.who.int
03./04.12.2025	23. Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle	DKFZ	Heidelberg	dkfz.de
19.12.2025	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de

Bilder: Stock-Fotografie-ID 511810498, BfTG

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.

Fahrplan zur Regierungsbildung

Datum	Termin	Status
10. März	Fraktionssitzungen, Sitzung des Haushaltsausschusses. Zentrales Thema: Änderung der Regelung zur Schuldenbremse im GG und Einrichtung eines neuen Sondervermögens	✓
13. März	Start der Koalitionsgespräche 1. Lesung im Bundestag (Sondersitzung), Anhörung im Haushaltsausschuss.	✓
14. März	Ende der Ausschussbefassung	✓
17. März	Fraktionssitzungen	✓
18. März	2. und Dritte Lesung	✓
21. März	Abstimmung im Bundesrat	✓
24. März	Abgabe der Ergebnispapiere der Arbeitsgruppen. Start der Bearbeitung und weiteren Verhandlung durch die Steuerungsgruppe Treffen Fraktionsvorstände, -flügel und Landesgruppen	✓
25. März	Konstituierende Sitzung des Bundestages Start der Ausschussbildung und -besetzung	✓
28. März	Befassung mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppen durch die Steuerungsgruppe/Parteiführungen. Weiterführung der Verhandlungen.	✓
09. April	Geplanter Abschluss der Koalitionsverhandlungen bis Ostern	✓
09. April - Anfang Mai	Entscheidung bei CSU (Vorstandsbeschluss (10. April) Entscheidung SPD-Mitgliedervotum (15. - 29. April) Entscheidung bei CDU (durch kleinen Parteitag am 28. April)	
07. Mai	Anvisierter Termin für Kanzlerwahl und Regierungsbildung	

Angaben ohne Gewähr. Zeitplan kann sich aufgrund der politischen Entwicklungen ändern.